

Seit gut zwei Jahrzehnten folgte die Sicherheitspolitik in Deutschland und Schweden demselben Grundgedanken: Das eigene Land verteidigt man am besten weit weg von zuhause. Als Deutschland die Wehrpflicht aussetzte und die schwedischen Konservativen unter dem Namen „Nya Moderaterna“ die Verteidigung zu einem „Sonderinteresse“ erklärten, wurde damit der Grundstein für einen logistischen und gesellschaftlichen Albtraum gelegt, aus dem beide Länder jetzt mühsam aufzuwachen versuchen.

Als der Bundestag vor einiger Zeit sein neues Wehrdienstgesetz verabschiedete, wiederholte sich etwas, das in Schweden bereits bekannt vorkam. Bundeskanzler Friedrich Merz und Verteidigungsminister Boris Pistorius wollen die Streitkräfte zügig wieder aufbauen, stoßen dabei aber auf dieselben Probleme wie zuvor die Schweden: Es fehlt an Kasernen, an Ausbildern, an Schießplätzen, teilweise sogar an Uniformen oder schlicht an funktionierenden Duschen.

Die Politik zeigt sich überrascht. Dabei war die jahrzehntelange Abrüstung kein Unfall, sondern eine bewusste Entscheidung.

Ihre Wurzeln liegen in der Zeit nach dem Mauerfall, als sich in Europa der Gedanke vom „Ende der Geschichte“ durchsetzte. Die USA standen ohne Konkurrenz da, und in der EU wuchs der Glaube, Handel und Diplomatie hätten Kriege zwischen Staaten endgültig abgelöst. Die klassische Landesverteidigung trat in den Hintergrund, stattdessen setzte man auf Auslandseinsätze. Große Munitionsvorräte und eine schwerfällige Volksarmee zu unterhalten war teuer und passte nicht zum Selbstverständnis der EU als friedliche Ordnungsmacht. Kleine, mobile Berufsarmeen kosteten weniger, lagen im Trend der Zeit und brachten außerdem politisches Ansehen bei Gipfeltreffen in Brüssel und Washington.

In Deutschland wog diese Entwicklung besonders schwer. Aus dem Schatten des Zweiten Weltkriegs heraus hatte sich Westdeutschland als „Zivilmacht“ verstanden, die EU trat an die Stelle des Nationalstaats als Bezugsrahmen, und der Wunsch, sich von militärischer Symbolik zu lösen, war groß. Als Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg 2011 die Wehrpflicht aussetzte, ging es also um mehr als ums Sparen: Es war der letzte Schritt zur Selbstverortung Deutschlands als postnationales Friedensprojekt, in dem die eigenen Streitkräfte als lästiges Relikt der Geschichte galten.

In Schweden lief es ähnlich. Ministerpräsident Fredrik Reinfeldt bezeichnete die Verteidigung offen als ein „Sonderinteresse unter anderen“. In beiden Hauptstädten klang die Begründung fast identisch: Das eigene Territorium sei nicht mehr bedroht, also sollten Soldaten lieber in Masar-i-Scharif, Kabul oder Bamako im Einsatz sein. Elitetruppen gingen nach Afghanistan und Mali,

während man Regimenter im Inland auflöste, verkaufte oder zu Wohngebieten umbaute.

Als der damalige schwedische Oberbefehlshaber Sverker Göranson 2013 einräumte, sein Land könne im Ernstfall nur einen einzigen Ort verteidigen, und das auch nur für eine Woche, war das aus Sicht der Politik kein Versagen. Es war das gewollte Ergebnis.

Dann kam das Erwachen: Russlands Annexion der Krim 2014 und die Invasion der Ukraine 2022 zerstörten diese Illusion. Der Kurswechsel geschah hektisch. Deutschlands neues Wehrdienstmodell und Schwedens NATO-Beitritt sind Versuche, verlorene Zeit aufzuholen.

Nur lässt sich militärische Infrastruktur nicht so schnell wiederaufbauen, wie sie abgebaut wurde. Eine Kaserne zu schließen ist in Minuten entschieden, sie wiederherzustellen dauert Jahrzehnte, das gilt für Gebäude ebenso wie für Fachwissen und eingespielte Abläufe. Eine ganze Generation von Offizieren ist inzwischen in Rente gegangen, ohne dass genügend Nachwuchs ausgebildet wurde. Kasernen, die einst zu Spottpreisen verkauft wurden, müssen nun für viel Geld zurückgekauft werden.

Die eigentlich schwierigere Frage ist aber weder materiell noch logistisch, sondern gesellschaftlich: Was braucht es, damit Bürger ihr Land im Ernstfall auch tatsächlich verteidigen wollen?

Umfragen, oft von Behörden oder staatlich finanzierten Projekten in Auftrag gegeben, deuten meist auf eine hohe Verteidigungsbereitschaft hin. Zwischen dem Ankreuzen eines Fragebogens in Friedenszeiten und echter Opferbereitschaft in der Krise liegt allerdings ein großer Unterschied.

Echte Verteidigungsbereitschaft braucht einen funktionierenden Gesellschaftsvertrag, Vertrauen in staatliche Institutionen und ein Gemeinschaftsgefühl, das sich im Alltag bemerkbar macht. Finnland, die Schweiz und Israel haben ihre Verteidigungsfähigkeit behalten, weil dort das Militär nie als abgekoppelte Behörde galt, sondern als selbstverständlicher Teil des Bürgerseins. Finnland hat die Lehren seiner Geschichte nicht vergessen, die Schweiz setzt seit jeher auf den bewaffneten Bürger, und in Israel ist der Wehrdienst so etwas wie ein gesellschaftlicher Schmelztiegel.

In gespaltenen Gesellschaften wie der deutschen oder schwedischen, nach Jahrzehnten misslungener Integration und mit Parallelgesellschaften, die dem Staat mit Gleichgültigkeit oder offener Ablehnung begegnen, funktioniert dieses Modell nicht mehr. Man kann den nationalen Zusammenhalt nicht dreißig Jahre lang schleifen lassen und dann in der Krise erwarten, dass sich die Bevölkerung geschlossen hinter das Land stellt.

Russland braucht keine Spione, um sich ein Bild von Berlin und Stockholm zu machen. Man sieht dort die leeren Kasernen und fehlenden Vorräte, aber ebenso die Verwundbarkeit von Ländern, die den Glauben an ihren eigenen Zusammenhalt verloren haben.

Deutschland und Schweden hielten sich für modern, als sie ihre besten Truppen nach Asien und Afrika schickten und die eigene Landesverteidigung als Nebensache behandelten. Heute stehen beide mit verkauften Kasernen, leeren Depots und einem brüchigen Gesellschaftsvertrag da. Verteidigung in Friedenszeiten abzubauen war leicht. Beahlt wird dafür jetzt, in der Realität.